

INTERNATIONALER KLIMAGIPFEL

Lukratives Luftgeschäft



Greenpeace-Aktion in Den Haag

(Foto: epa)

In Den Haag ging es wie so oft auf Klimakonferenzen am allerwenigsten um den Klimaschutz. Stattdessen sollten die Bedingungen für den internationalen Handel mit der heißen Luft festgeklopft werden. Ohne Erfolg – nächsten Sommer wird weiter debattiert.

Wenn man nicht wüsste, wer er ist, könnte man ihn für den Vorsitz des weltweiten "Climate Action Network" vorschlagen, stellt ein französischer NGO-Vertreter lakonisch fest. Tatsächlich: In seiner Rede auf dem 6. Klimagipfel am vergangenen Montag griff der französische Präsident Forderungen auf, wie sie die Umweltschutzorganisationen zu jedem Klimagipfel in ihren Katalogen stehen haben.

Als Ratsvorsitzender der EU repräsentierte Chirac in Den Haag eindeutig die "Guten" unter den 160 Staaten, die zusammengekommen waren, um über die Umsetzung des Protokolls von Kyoto, des internationalen Klimavertrags zu debattieren. Doch das Engagement der europäischen Staaten brachte nichts. Am Samstag Nachmittag stand fest: Auch die 6. Internationale Klimakonferenz ist gescheitert. Wieder einmal konnte keine Einigung darüber, wie Klimaschutz international zu organisieren wäre, erzielt werden. Die Bösen im Emissionsgeschehen sind für die meisten nach wie vor die USA: Ihre stur klimafeindliche Haltung sei es, hieß es in vie-

len Pressemitteilungen nach dem Gipfel, die ein Abkommen unter den Staaten verhindert hätte.

Dabei hatte das, worüber in Den Haag verhandelt wurde, nur wenig mit dem erklärten Ziel von Welt-Klimakonferenzen zu tun: der Reduktion von treibhaussschädlichen Gasen. Gestritten wurde

in erster Linie über Schlupflöcher: Maßnahmen, die es ermöglichen, die nationale Emissionsbilanz ohne Reduktion im eigenen Land aufzubessern. Diese Projekte heißen "Clean Development Mechanism" (CDM), wenn sie in Entwicklungsländern oder "Joint Impementation", wenn sie in Industrieländern etwa

den osteuropäischen Staaten durchgeführt werden. Darüber hinaus würde das Inkrafttreten des ersten internationalen Klima-Abkommens die Möglichkeit liefern, in das International Emissions Trading einzusteigen. Und dabei Kontingente für Treibhausgasemissionen zu kaufen und zu verkaufen.

INTERVIEW

Noch ist die Katastrophe nicht perfekt

Manfred Treber, Klimaexperte der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch, über die Verhandlungen in Den Haag.

WOXX: Am Samstag Nachmittag war klar: Der Klimagipfel ist gescheitert. Wie war die Stimmung in Den Haag?

Manfred Treber: Zunächst herrschte Niedergeschlagenheit. Selbst hartgesottenen Unterhändlern der Regierungen sind vor Enttäuschung die Tränen gekommen. Dennoch war auch zu spüren, dass der Wille, im internatio-

nalen Klimaschutz voranzukommen, weiterhin besteht. Noch ist dies keine Katastrophe für den Klimaschutz, die Klimakonferenz wurde ja faktisch nur verlängert.

Wie war die Reaktion im Lager der Umweltschutzorganisationen?

Ganz negativ. Einige haben angekündigt, sich künftig eher um den nationalen Klimaschutz zu kümmern.

Auf diesen Startschuss für das lukrative Klima-Geschäft warten nicht nur die USA. Der Chef der Klimakonferenz und niederländischer Umweltminister, Jan Pronk, gab vor dem Gipfel die Richtung vor: "Auch Luft ist ein Wirtschaftsgut, mit dem gehandelt werden kann", so der Sozialdemokrat, der am Donnerstag ein Papier vorlegte, das den USA sehr entgegen kam.

Schwer im Kommen: das Wirtschaftsgut Luft

Viele Industrienationen mit hohem CO₂-Ausstoß haben nur durch den Handel mit Emissionen eine Chance, ihr nationales Reduktionsziel zu erreichen. Längst steht fest: Die Konsequenzen dieses Klimaschutzes per Buchungskonten könnten verheerend sein. Kommt der Handel mit der heißen Luft erst einmal so richtig in Gang, wird weltweit kontinuierlich mehr CO₂ ausgestoßen werden. Der Umweltverband Friends of the Earth hat ausgerechnet, dass dank laxer Auslegung der Kioto-Regeln die Treibhausgas-Emissionen um 20 Prozent steigen statt wie anvisiert um 5,5 Prozent sinken könnten.

Während die einen vor allem darüber diskutieren wollen, zu welchem Preis eine Tonne CO₂ auf dem Emissions-Markt gehandelt werden soll, steht den anderen das Wasser längst bis zum Hals. "Es gibt keinen Platz, wohin die Einwohner unserer Insel flüchten können", verkündete Teleke Peleti Lauti, Umweltminister der Inselgruppe Tuvalu, in Den Haag. Da die Inseln nur knapp über dem Meeresspiegel liegen, droht ihnen dank allgemeiner Klimaerwärmung unmittelbar der Untergang. Schon jetzt sucht die Regierung nach Rückzugsmöglichkeiten für die Bewohner außerhalb des eigenen Territoriums.

"Es könnte kaum einen größeren Gegensatz gegeben, als das Drängen der Klima-

Inwieweit konnten NGO in Den Haag überhaupt Einfluss auf die Verhandlungen nehmen?

Es bestand durchaus die Möglichkeit, teilzunehmen. Wir saßen mit in den Verhandlungsräumen, hatten dort zwar kein Rederecht, ein Informations-Austausch mit einzelnen Delegierten fand jedoch regelmäßig statt.

Hatten die Umweltschützer von den Verhandlungen in Den Haag mehr erwartet?

Auf jeden Fall. Noch eine Woche vorher dachten eigentlich die meisten, es würde zu einem Ergebnis kommen. Darüber, wie dieses Ergebnis im Detail aussehen würde, herrschte natürlich Unklarheit.

Wissenschaft, die eine noch größere Erwärmung als bisher erwartet für möglich hält, und dem kläglichen Versagen der Politik auf diesem Gipfel", so Germanwatch-Klimaexperte Manfred Treber (siehe auch Interview).

In Den Haag wurde nicht mit absurden Vorschlägen für Ausgleichsmaßnahmen gespart: Aufforstungsprojekte etwa, in denen schnellwachsende Bäume als Kohlenstoffspeicher dienen sollen, sollen laut USA in der nationalen Klimabilanz eines Staates positiv verbucht werden. Auch wenn dabei Urwälder durch Baum-Plantagen ersetzt werden – Wald ist Wald und weil er Kohlendioxid absorbiert, gilt er als Beitrag zur Senkung der Treibhausgasmengen. Abgesehen davon, dass eine willkürliche Verteilung von solchen CO₂-Abzugshauben rund um den Erdball nur bedingt sinnvoll ist, hat diese Rechnung einen weiteren, größeren Haken: Angesichts der

weiter wachsenden Gas-Mengen sagen Wissenschaftler mittlerweile voraus, dass alle Wälder der Welt nur bis 2050 Kohlendioxid aufnehmen werden. Danach werden sie selbst das Gas ausstoßen.

Klimaschutz im Wald

In Den Haag war man sich bis zum Schluss noch nicht einmal einig darüber, was denn nun als richtiger Wald gilt – etwa mindestens 25 Zentimeter hohe Gewächse oder aber auch lose Baumgruppen. Es war dies nur eines der unzähligen "technischen Details", die auf dieser Klimakonferenz nicht gelöst wurden.

Ein weiteres Schlupfloch konnte ebenfalls nicht endgültig aus dem Vertrag verbannt werden: die Atomkraftenergie. Da diese Energiequelle keine klimaschädlichen Treibhausgase produziert, wollen Länder wie Kanada oder Australien sie als ausgleichende

Maßnahme im Vertrag eingeführt haben. Letzter Stand in Den Haag: Atomkraftprojekte sollen nicht in Entwicklungsländern, wohl aber in osteuropäischen Staaten angerechnet werden. Über die genauen Bedingungen für solche Schlupflöcher soll nun auf einer Folgekonferenz in Bonn im Juni 2001 weiter debattiert werden.

Ob dort mehr herauskommen wird, ist fraglich. Vieles wird von der Haltung des neuen amerikanischen Präsidenten abhängen. Doch nicht alles. "Wir fordern die EU auf, nun eine Selbstverpflichtung zu veröffentlichen, dass sie unabhängig vom weiteren Prozess der UN-Klimaverhandlungen das EU-weite Reduktionsziel von acht Prozent anerkennt", so Germanwatch in einer Erklärung nach dem Gipfel.

Tatsächlich hatte es die EU neben dem sturen Verhandlungsriesen USA in Den Haag leicht, die Rolle der fort-

schrittlichen Klimaschützerin zu spielen. "Jeder US-Amerikaner emittiert dreimal so viele Treibhausgase wie ein Franzose", hatte der Ökologe für einen Tag, Jacques Chirac, empört festgestellt. Was er nicht verrät: Frankreich hat – wie die meisten EU-Länder seinen CO₂-Ausstoß in den letzten zehn Jahren um fast zehn Prozent gesteigert. Und bisher haben nur 29 Staaten das Kyoto-Protokoll ratifiziert – darunter befindet sich nach wie vor kein einziges Industrieland. Nicht erwähnt hatte Chirac auch die Atomenergie, an deren Anrechnung Frankreich mit Sicherheit große Interessen hätte, die jedoch von der EU abgelehnt wird. Dass Jacques Chirac das Thema ignorierte wurde von Umweltschutzgruppen gar als "Erfolg" bezeichnet.

Danièle Weber

KOMMENTAR

Luxemburg ist Welt-Klimakiller Nummer 2

Trotz "objectif très ambitieux" des Umweltministers steht es schlecht um den Klimapatienten Luxemburg.

Unter den offiziellen Dokumenten, die während der Klimakonferenz letzte Woche in Den Haag verteilt wurden, befanden sich auch einige Statistiken. Sie bestätigten das, was Kenner der Klimapolitik bereits wussten: Mit etwas mehr als 21 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr sind die USA Weltmeister im Verschmutzen der Erdatmosphäre. Auf Platz 2 der Liste steht Luxemburg. Laut offiziellem Sekretariat der Klimakonvention wirkt das Großherzogtum mit 20,5 Tonnen pro Einwohner und Jahr an der Aufheizung des Planeten mit. Wo die Reise hingehen müsste, hatten die 3.000 Wissenschaftler des Intergovernmental Panel for Climate Change in ihrem Bericht 2000 vorgeben: Bis 2050 muss ein CO₂-Verbrauch von um die zwei Tonnen pro Kopf und Jahr angestrebt werden, um das Klimadesaster halbwegs in den Griff zu bekommen. Die Diskrepanz zwischen diesen Zahlen erklärt wohl die Vogel-Strauss-Politik in den USA und in Luxemburg.

Um von der schlechten Klimabilanz der Goebbels-Santer-Juncker-Jahre abzulenken und ihre eigene Latte erst gar nicht hoch zu legen, versteckt sich die aktuelle Regierung hinter Zahlenspielen. Das erklärte Ziel einer Senkung von fast 28 Prozent der Klimagase zwischen 1990 und 2010 klingt auf Anhieb gut und wird demnach als "objectif très ambitieux" von Umweltminister Charles Goerens in seiner offiziellen Rede in Den Haag und bei jeder Gelegenheit in Luxemburg hervorgehoben. Während bei den hohen Pro-Kopf-Emissionen von Regierungspolitikern mit dem Hinweis auf die Stahlindustrie eine "exception luxembourgeoise" ins Feld geführt wird, wird von offizieller Seite gerne eins übersehen: Zieht man die Emissionen der Stahlindustrie ab, kommt das CO₂-Ziel der Regierung einer erlaubten Steigerung von 32 Prozent gleich. Die Umstellung von Stahlkochen zum Schrottreycling hat die Luxemburger Emissionen halbiert.

Dennoch bekommt die Regierung trotz dieser einmalig günstigen Ausgangslage zum Erreichen ihrer Kyoto-Ziele kalte Füße und schreckt selbst vor fraglichen Instrumenten der Klimatrickskiste wie den "clean development mechanism nicht mehr zurück. Das kommt daher, dass nicht nur das diesjährige Wirtschaftswachstum mit 8,5 Prozent jenseits von gut und böse ist, sondern auch die Klimapolitik Luxemburgs. Die Luxemburger "dealen" im großen Stil mit Benzin und Diesel, haben im europäischen Vergleich überdurchschnittlich große Häuser jedoch keine überdurchschnittlich guten Isolationsnormen. Wir haben auf Grund unseres hohen Lebensstandards mehr Hifi-, TV- und Haushaltsgeräte aller Art und haben keine Energiepolitik, die den Konsumenten energiesparende Geräte nahebringt. Wir haben mit lediglich 13 Prozent Anteil öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr statistisch gesehen die mieseste Verkehrspolitik Europas und wollen trotzdem nicht in BTB investieren. Wir wollen einen der größten Frachtflughafen Europas noch weiter ausbauen und die – auch außerhalb der Arbed sehr energieintensive Industrie nicht in die Pflicht nehmen.

Bei soviel Gegensätzen hilft auch die vor der Oekofoire schnell aus der Taufe gehobene Aktion für Solarenergie wenig. Luxemburgs Ökonomie wird in die Klimamauer rasen, wenn nicht bald ein Paradigmenwechsel geschieht. Grundlage dafür wäre allerdings die Einsicht des Wirtschaftsministers aber auch des Staatsministers, dass es schlecht um den "Klimapatienten Luxemburg" steht und ein "weiter so" nicht in Frage kommt. Nächster Schritt wäre dann ein ambitioniertes Infrastrukturprogramm für den öffentlichen Verkehr. Es gibt genug Gründe für die DP, von ihrem wahltaktisch begründeten Nein zum BTB schrittweise Abstand zu nehmen. Und für die Luxemburger Wirtschaft gibt es nur eine Wahl. Wenn schon mehr, dann aber auch besser; die mehreren Hunderttausend Quadratmeter Bürogebäude und die fast 50.000 Wohnungen und Häuser, die in Luxemburg in den nächsten 20 Jahren entstehen, müssen nicht nur platzsparend sondern auch nach dem Prinzip "Null- oder Niedrigenergie" gebaut werden. Der Mehrpreis von drei bis fünf Prozent für solche Bauvorhaben ist vor dem Hintergrund der Grundstückspreise und des "Kamin- und Garagenwahns" ein Klacks und wird zudem durch die steigenden Ölpreise ausgeglichen. Wichtig wird es aber auch sein, die Einwohner von der Notwendigkeit und der real existierenden Möglichkeiten des Klimaschutzes zu überzeugen.

Claude Turmes

Claude Turmes ist Abgeordneter von "Déi Gréng" im Europaparlament und nahm als Beobachter an der Klimakonferenz in Den Haag teil.



Land unter: eine Perspektive, die schon jetzt einige Inselstaaten unmittelbar bedroht. (Fotomontage; Climate Action Network)

Ist denn ein schlechtes Ergebnis besser als gar keins?

Ziel ist es, dass das Kioto-Protokoll ratifizierbar wird. Und das wird erst geschehen, wenn alle Bedingungen ausgehandelt wurden hier muss ein Konsens bestehen. Ob dieser zustandekommt, hängt stark vom Wahlergebnis in den USA ab. Man hat ja den USA in Den Haag durchaus sehr entgegenkommende Vorschläge gemacht. Mit George Bush als Präsident wird es dennoch kaum zu einer amerikanischen Zustimmung kommen.

Nutzt ein Vertrag überhaupt etwas, wenn er derartige Schlupflöcher zulässt?

Tritt das Protokoll in Kraft, dann müssen wenigstens die, die es ratifiziert haben, sich

an die Bestimmungen halten. Da setze ich dann auch auf die Macht der Zivilgesellschaft, die dafür sorgen muss, dass keine Schein-Maßnahmen ergriffen werden.

Wird denn ein solches Abkommen den Markt für heiße Luft nicht erst so richtig in Schwung bringen?

Natürlich. Der Preis für CO₂ wird zunächst sehr niedrig sein. Dennoch: Ein solches Abkommen kann durchaus später verschärft werden. Die darin enthaltenen Bestimmungen sind nicht ein für alle Mal festgeschrieben. Es ist jedoch grundsätzlich wichtig, dass ein solcher völkerrechtlicher Vertrag zustandekommt.

Nach außen wurde vor allem den USA, Australien, Kanada und Japan die Schuld am Scheitern des Klimagipfels gegeben. Macht es sich die EU damit nicht ein bisschen zu leicht?

Was die Verhandlungspositionen betrifft, waren es zweifellos diese Länder, die immer wieder blockiert haben. Immerhin haben wir es den USA zu verdanken, dass wir seit drei Jahren nicht mehr über Klimaschutz, sondern über Emissionshandel und Ausgleichsmechanismen reden.

Auf der anderen Seite gibt es natürlich auch in Europa Staaten, bei denen es mit der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen hapert.

Gibt es eine Chance dafür, dass es in Bonn zu verbindlicheren Ergebnissen kommt?

Wenn Al Gore Präsident geworden wäre, wäre ich eher optimistisch. Mit George Bush sieht es allerdings anders aus. Die USA werden ihre Unterhändler für die Klimaverhandlungen austauschen und mit noch härteren Positionen auftreten. In diesem Fall kann ich mir nur schwer vorstellen, dass die EU sich darauf einlassen wird.

Interview: Danièle Weber